

Urbane digitale Transformation

Eine digitale Stadt für alle gestalten

Städte und Landkreise haben eine Schlüsselrolle in der digitalen Transformation. Doch was heißt kommunale Selbstverwaltung im digitalen Zeitalter? Am Beispiel des Bündnisses Digitale Stadt in Berlin zeigt der Beitrag, wie unsere Städte nicht nur smart, sondern auch inklusiv und demokratisch werden können.

Von Friederike Rohde, Dominik Piétron und Elizabeth Calderón Lüning

Die zunehmende Durchdringung privater und öffentlicher Räume mit digitalen Technologien ist mit unterschiedlichen Zukunftsvisionen der Stadt von morgen verbunden, die kontrovers diskutiert werden (z. B. Kitchin 2014, Sadowski 2020). Kommunen kommt in dem Prozess der Digitalisierung eine besondere Rolle und Verantwortung zu, denn sie gestalten digitale Stadträume, die das urbane Zusammenleben auf Jahrzehnte hin prägen werden.

Doch welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft in diesem Prozess? Wie kann sich die Stadtgesellschaft aktiv in Digitalisierungsprozesse einbringen? Am Beispiel Berlin und dem Bündnis Digitale Stadt [1] wird aufgezeigt, wie auf kommunaler Ebene eine demokratische Öffentlichkeit zum kollektiven Gestalten digitaler Infrastrukturen geschaffen werden könnte.

Digitale Menschenrechte und festgefahrene Strukturen

Städte wie Barcelona, Amsterdam oder Wien haben bereits begonnen, inklusive Herangehensweisen für die Digitalisierung von Städten zu entwickeln. Sie setzen dabei gezielt auf die Beteiligung der Stadtgesellschaft, offene Infrastrukturen (z. B. Morozov und Bria 2017) oder Ressourcenschonung und Inklusion (Magistrat der Stadt Wien 2019). Mittlerweile haben sich über 50 Städte zusammengeschlossen und die *Cities Declaration of Digital Rights* unterzeichnet. Sie formuliert das Ziel, die Menschenrechte ins digitale Zeitalter zu übertragen und diskriminierungsfreie, sichere und verantwortungsvolle digitale städtische Infrastrukturen bereitzustellen. Außerdem bekennen sich die Städte zu offenen und ethischen Standards, Transparenz und der partizipativen Gestaltung digitaler Dienste [2].

Auch Berlin möchte sich als Vorreiter einer innovativen und digitalen Metropole behaupten und unterzeichnete im März

2019 die *Cities Coalition for Digital Rights*. Doch die Herausforderungen, diesen Zielen und Prinzipien gerecht zu werden, sind groß. Die Bemühungen des Berliner Senats, die verschiedenen Digitalprojekte der Stadt strategisch zu bündeln und an gemeinwohlorientierten Zielen auszurichten, scheiterten bisher an mangelnder finanzieller Ausstattung, unzureichendem Kompetenzaufbau, unklaren Zuständigkeiten und fehlender demokratischer Beteiligung. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich von Strategien und Einzelmaßnahmen, die weder transparent sind noch öffentlich ausgehandelt wurden. Sie lassen keine digitalpolitische Kohärenz erkennen und adressieren vor allem Fragen der Wirtschaftsförderung, statt soziale Bedarfe (Kaiser 2019).

Die große Herausforderung: zivilgesellschaftliche Beteiligung für Digitalpolitik

Vor diesem Hintergrund gründete sich das Bündnis Digitale Stadt, mit dem Ziel, stadtpolitische und digitalpolitische Themen zu verknüpfen und zivilgesellschaftliches Engagement in die Stadtentwicklung einzubringen. Als unabhängiges Netzwerk von Akteuren aus der Wissenschaft, lokalen Initiativen und der Gemeinwohlökonomie fordert das Bündnis eine stärkere Ausrichtung an den Zielen der *Cities Coalition for Digital Rights* (Bündnis Digitale Stadt 2019) sowie Transparenz und eine kritisch-konstruktive öffentliche Debatte über wichtige digitalpolitische Aktivitäten der Stadt. Zu diesem Zweck richtete das Bündnis einen *Runden Tisch Digitalisierungspolitik* ein, der als Diskussionsraum zur Vernetzung von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik dienen soll (Bündnis Digitale Stadt 2020).

Beteiligungsmechanismen dieser Art stellen eine notwendige Voraussetzung für den Erhalt und die Verbesserung kommunaler Selbstverwaltung im digitalen Zeitalter dar: Kommunale Verwaltungen müssen sich öffnen und gezielt mit der Zivilgesellschaft, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Open-Source-Community zusammenarbeiten, um einen weiteren Souveränitätsverlust und technologische Abhängigkeiten zu verhindern.

Partizipation als Basis für gemeinwohlorientierte digitale Infrastrukturen

Zudem ist die Forderung nach partizipativer Demokratie, Vielfalt und Inklusion essenziell, um sicherzustellen, dass digitale Infrastrukturen nicht an den Bedürfnissen der Stadtgesellschaft vorbei entwickelt werden. Angesichts der zahlrei-

chen potenziellen Gefahren der Digitalisierung, wie Überwachung oder algorithmische Diskriminierung [3] müssen alle Menschen der Stadt das Recht und die Möglichkeit haben, sich durch offene, partizipatorische und transparente (digitale) Prozesse kollektiv mit dem Stadtgeschehen auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus braucht es auch vonseiten der Stadtverwaltung nicht nur punktuelle, top-down-organisierte Partizipationsverfahren, sondern eine echte und nachhaltige Verankerung politischer Teilhabe. Hier empfiehlt sich das erprobte Format der Bürger/innenräte, das in den Entscheidungsgremien von Kommunalunternehmen und -verwaltungen eingebunden ist und dort für Transparenz und Empowerment verschiedener gesellschaftliche Gruppen sorgen könnte (Brown 2006).

Anhand von drei Beispielen wollen wir im Folgenden kurz erläutern, wie basierend auf diesem partizipativen Ansatz eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung für Städte und Gemeinden in der Praxis aussehen kann:

- Im Bereich der Bildung können Kommunen durch lokale Anlaufstellen für digitale Teilhabe (z. B. KiezLabs [4]) und die Entwicklung von Förderprogrammen (z. B. für technische Ausrüstung) den *Digital Divide* verringern und sicherstellen, dass alle Bürger/innen Zugang zu digitalen Infrastrukturen haben.
- In der kommunalen Datenpolitik ist eine unabhängige Verwaltung von Daten der Stadtgesellschaft von enormer Bedeutung und die Persönlichkeitsrechte der Bürger/innen müssen geschützt und gestärkt werden. Öffentlich relevante Daten könnten, statt von Privatunternehmen kommerzialisiert zu werden, durch Datentreuhänder kontrolliert und als Gemeingut bereitgestellt werden (Staab und Piétron 2019).
- Schließlich sollten digitale Infrastrukturen in der Stadt prinzipiell so gestaltet sein, dass sie unabhängig, barrierefrei und resilient sind. Digitale Dienste, die Verwaltungsstrukturen und Stadtgesellschaft miteinander verbinden, gehören als Teil der Daseinsvorsorge grundsätzlich in öffentliche Hände oder müssen über die öffentliche Auftragsvergabe streng beaufsichtigt werden. Die öffentliche Vergabe ist ein wesentlicher Steuerungsfaktor und kann dazu beitragen, dass digitale Infrastrukturen und Dienste offen sind (Open Source, Open Data) und datenschutzfreundlichen Standards unterliegen sowie nachvollziehbar, mitbestimmbar, tarifentlohnt, ökologisch und sicher sind.

Die Stadt der Zukunft gemeinsam gestalten

Was wir brauchen, ist eine Koalition von Akteuren aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, die den Mut und den Willen haben, sich im Sinne einer gemeinwohlorientierten und demokratischen Entwicklung für die Rechte der Bewohner/innen ihrer Städte im digitalen Zeitalter einzusetzen. Für die langfristige Zukunftsfähigkeit sind Transparenz, Partizipa-

tion und klare ethische Leitplanken, wie die *Cities Coalition for Digital Rights* notwendig, damit die Demokratie im digitalen Zeitalter erhalten und weiterentwickelt wird.

Anmerkungen

- [1] <https://digitalesberlin.info/>
- [2] <https://citiesfordigitalrights.org/>
- [3] Z. B. wurden Frauen mit Betreuungsbedarf von einem Algorithmus automatisch als arbeitsmarktfremd klassifiziert.
- [4] <https://hybridspacelab.net/project/kiez-lab/>

Literatur

- Bündnis Digitale Stadt (2020): Eine demokratische und inklusive Digitalisierungspolitik in Berlin. Beobachtungen und Schlussfolgerungen vom Bündnis digitale Stadt Berlin aus den Erfahrungen der Pandemie im Frühjahr 2020. <https://digitalesberlin.info/eine-demokratische-und-inklusive-digitalisierungspolitik-in-berlin/>
- Brown, M. B. (2006): Citizen panels and the concept of representation. In: *Journal of Political Philosophy* 14/2: 203.
- Kitchin, R. (2014): The real-time city? Big data and smart urbanism. In: *GeoJournal* 79: 1–14. doi: 10.1007/s10708-013-9516-8
- Kaiser, Leonhard (2019): Rot-Rot-Grün kauft Berliner Digitalisierungsstrategie bei Beratungsfirma. <https://netzpolitik.org/2019/rot-rot-gruen-kauft-berliner-digitalisierungsstrategie-bei-beratungsfirma/>
- Morozov, E./Bria, F. (2017): Die smarte Stadt neu denken. www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken
- Magistrat der Stadt Wien (2019): Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008551.pdf
- Sadowski, J. (2020): Who owns the future city? Phases of technological urbanism and shifts in sovereignty. <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0042098020913427>. doi: 10.1177/0042098020913427
- Staab, P./Piétron, D. (2019): Wer kontrolliert die Smart City? <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/wer-kontrolliert-die-smart-city>

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Friederike Rohde ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IÖW und Sprecherin des Bündnisses Digitale Stadt.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW),
Potsdamer Str.105, 10785 Berlin.
E-Mail: friederike.rohde@ioew.de



Dominik Piétron ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Einstein Center Digital Future und Sprecher des Bündnisses Digitale Stadt.

Einstein Center Digital Future (ECDf), Unter den Linden 6,
10099 Berlin. E-Mail: dominik.pietron@hu-berlin.de



Elizabeth Calderón Lüning ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Weizenbaum Institut e. V., an der Universität der Künste Berlin und war von 2019–2020 Sprecherin des Bündnisses Digitale Stadt.

Weizenbaum Institut, Hardenbergstraße 32, 10623 Berlin.
E-Mail: e.calderon-luening@udk-berlin.de

